

CHRISTOPH STÖLZL ZUR KONTROVERSE UM DAS GEDENKEN ZUM 8. MAI 2005

“Die Wahrheit über jene Zeit zu wissen ist unverzichtbar“

Es gilt für jeden Menschen, der ein Herz hat, dass unser Mitleid allen gilt, die als Unschuldige ihr Leben im mörderischen Zweiten Weltkrieg verloren haben oder an Leib und Seele verletzt wurden. Über die moralische und rechtliche Beurteilung der Jahre von 1933 bis 1945 gibt es unter vernünftigen Menschen keinen Dissens: Die rassistische NS-Diktatur hat einen völkermörderischen Vernichtungskrieg geführt, gegen deutsche Landsleu-

te wie gegen die Welt. Die politische Schuld auch am Unglück der Deutschen im Zweiten Weltkrieg tragen der Nationalsozialismus und seine Helfer. Vor zehn Jahren hat Bundespräsident Roman Herzog am 8. Mai die historische Wahrheit über das Datum klar zusammengefasst: „Deutschland hatte den furchtbarsten Krieg entfesselt, den es bis dahin gegeben hatte, und es erlebte die furchtbarste Niederlage, die man sich vorstellen konnte. Europa war ein Trümmerfeld, vom Atlantik bis zum Ural und vom Polarkreis bis zur Mittelmeerküste. Millionen aus allen Völkern, auch aus dem deutschen, waren tot, gefallen, in Bombenangriffen zerfetzt, in Lagern verhungert, auf den Straßen der Flucht erfroren, und andere Millionen – vor allem Juden, Roma und Sinti, Polen und Russen, Tschechen und Slowaken – waren den größten Vernichtungsak-

tionen zum Opfer gefallen, die menschliche Hirne je ersonnen hatten. Millionen hatten ihre Freunde, ihre Heimat verloren oder waren gerade dabei, sie zu verlieren, Millionen kamen aus Kriegsgefangenenlagern oder wanderten gerade dorthin. Millionen waren zu Krüppeln geschossen. Hunderttausende von Frauen wurden vergewaltigt. Der Geruch der Krematorien und der schwelenden Ruinen lastete über Europa... All das gehört zum Gedenken an den 8. Mai, zum Erinnern und zum ehrlichen, rückhaltlosen Umgang mit der Geschichte.“ Roman Herzog sprach danach vom 8. Mai als dem Beginn der guten Wendung im Schicksal des deutschen Volkes. Beides, Trauer und Hoffnung, verbinden sich

auch 2005 für jeden geschichtsbewussten Menschen mit diesem Datum. In den Familienerzählungen der Deutschen sind die Schrecken der Diktatur und des Krieges immer präsent geblieben. Seit ein paar Jahren haben auch Literatur und Medien das Thema verstärkt aufgegriffen. Die Wahrheit über jene Zeit zu wissen ist unverzichtbar. Zur parteipolitischen Profilierung taugt sie nicht. Selbst die ideologisch einseitige DDR hat den Wunsch der Menschen nach umfassender Trauer respektiert: In der Neuen Wache wurde ein unbe-

kannter - möglicherweise also deutscher - Soldat und ein unbekanntes KZ-Opfer begraben. Die heutige Widmungsinschrift der Neuen Wache „Den Opfern des Krieges und der Gewaltherrschaft“ ist eine Formu-

lierung von Theodor Heuss anlässlich des ersten Volkstrauertags. Sie ist seitdem zur traditionellen Formel des Gedenkens geworden. Dieser Erinnerungskonsens ist keine unhistorische Gleichmacherei, sondern nur eine Trauer über jedes einzelne, unvergleichbare Menschenleben. Die Neugestaltung der „Neuen Wache“ im Jahr 1993 wollte überdies der Errichtung von Denkmälern für die einzelnen Opfergruppen nicht im Wege stehen. Das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ ist dafür ein deutliches Beispiel. Noch einmal 8. Mai: Offizielle Gedenktage sind Notbehelfe des Erinnerns, nicht mehr. Für mich ist der Zorn über die Schandtaten der Nazis und die Trauer über so viel zerstörtes Leben seit meiner Kindheit an jedem Tag des Jahres gleich groß.



Verlogener Streit um Stoiber-Zitat

CSU-Chef Edmund Stoiber macht Kanzler Gerhard Schröder und die Wirtschaftspolitik der rot-grünen Koalition für das Erstarken rechtsextremer Kräfte in Deutschland mitverantwortlich. Darf man das? Schröder jedenfalls sieht auch den Zusammenhang. Die Zitate:

Edmund Stoiber (CSU):

„Millionen Menschen in Deutschland sind ohne Beschäftigung und verlieren das Vertrauen in die Politik. Jede vierte Familie ist von Arbeitslosigkeit betroffen. ...Das ökonomische Versagen

der Regierung Schröder, dieses Ausmaß an Arbeitslosigkeit, bildet den Nährboden für Extremisten, die letztlich die Perspektivlosigkeit der Menschen ausnutzen und damit die Demokratie in unserem Land gefährden.“ (Welt am Sonntag, 6. Februar 2005)

Gerhard Schröder (SPD):

„Das Wiedererstarken des Rechtsextremismus liegt vor allem in der Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt

und in der mangelnden Fähigkeit, mit Fremdheit umzugehen.“ (dpa-Meldung vom 27. Mai 1998)



Wurde die Argumentationshilfe geändert? (SPD Homepage)

Franz Müntefering (SPD):

„Manche Wähler suchen ein Ventil für Enttäuschung, Wut und Ängste. Arbeitslosigkeit, fehlende Perspektiven, ein

beschleunigter gesellschaftlicher Wandel infolge von Globalisierung und Individualisierung sowie Herausbildung der Wissens- und Informationsgesellschaft treiben der extremen Rechten Proteststimme zu.“ (SPD-Argumentationshilfe an die SPD-Ortsvereine, November

2000)

Ottmar Schreiner (SPD):

„Wir haben handfeste Beweise und Anhaltspunkte,

dass die Wahlergebnisse z.B. der Republikaner in Berlin – und nicht nur in Berlin – zum erheblichen Umfang auf das Konto arbeitsloser Jugendlicher gehen. Das heißt, Sie haben einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen verzweifelten Jugendlichen und dem Aufkommen, dem Heraufdämmern eines neuen Rechtsradikalismus. Ich sage Ihnen: Die Republikaner, die NPD und andere radikale Strömungen sind im Wesentlichen auch eine böse Frucht der Arbeitslosigkeit.“ (Debatte im Deutschen Bundestag, 17. März 1989)